Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德 華 日 報

Eingetragen als Zeitung auf dem Chines. Postamt.

中華郵政特准掛號立券之報紙

Motto: Ohne Rücksicht auf Parteien Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang | Tientsin, Sonnabend, den 26. November 1932. | Nummer 661

Vor der Entscheidung.

Hindenburg zieht Hitlers Denkschrift in Erwägung.

Hoffnung auf eine Einheitsfront.

Berlin, den 24. November (T. O. A.). Allem Anschein nach wird die Entwicklung in der Reichskrise früher oder später zur unbedingten Vorherrschaft einer einzelnen Partei führen, was eine ernste Bedrohung für die Sicherheit des Staates darstellen würde.

Die Deutschnationale „Börsenzeitung" erklärt, dass das erste Stadium der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung nicht das gewünschte Ergebnis gebracht hat, hofft aber, dass noch ein Weg gefunden werden könne, die Nationalsozialisten in die nächste Regierung einzubeziehen, sodass sie auch einen Teil der Verantwortung zu tragen haben wird.

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung" ist hoffnungsvoll und gründet diese Hoffnung auf die Umstände zweier wichtiger Ereignisse in der Entwicklung am Mittwoch. Diese wesentlichen Ereignisse sieht sie darin: Der Reichspräsident ist anscheinend geneigt Hitlers neue Vorschläge in Erwägung zu ziehen, und es werden neue Anstrengungen gemacht, um die Einheitsfront aller nationalen Gruppen wiederherzustellen.

Die Hugenbergpresse hält sich in ihren Aeusserungen vorsichtig zurück und beschränkt sich lediglich auf die Wiedergabe der neuen Ereignisse. Die Zeitungen des linken Flügels nehmen fast einsimmig an, dass Hindenburg Hitlers neues Werben um die Kanzlerschaft ablehnen wird und betonen, dass der Gedanke des Präsidenten, ein Präsidialkabinett zu schaffen, die Ernennung des Vertreters einer Partei oder einer Parteigruppierung ausschliesse.

Die „Vossische Zeitung" betont, dass Hitler in seinem Briefe an den Präsidenten die Aufgabe zur Bildung einer Koalitionsregierung als unfruchtbar bezeichnet. Dem gegenüber steht, dass in amtlichen Kreisen betont wird, dass im Laufe der Vorbesprechungen mit den Parteiführern alle fünf Parteien, die für eine Regierung der nationalen Sammlung zu haben sind, sich mit den Bedingungen einverstanden erklärt haben, die Hindenburg für die Bildung einer Mehrheitsregierung gestellt hat.

Entgegen früheren Berichten heisst es in unterrichteten Kreisen, dass in den neuen Vorschlägen Hitlers keine Kabinettsliste enthalten ist und auch kein Hinweis darauf zu finden ist, dass der nationalsozialistische Führer für sich selbst die Kanzlerschaft verlangt.

Nach allgemeiner Ansicht wird Donnerstag die entscheidende Wendung in den Ereignissen bringen; niemand wagt aber irgendeine Voraussage darüber, wozu sich der Reichspräsident entscheiden wird.

Hindenburg will kein Präsidentialkabinett unter der Führung Hitlers.

Berlin, den den 24. November (Reuter). Es heisst, dass der Reichspräsident von Hindenburg die Anregung der Nationalsozialisten, dass er ein Präsidentialkabinett unter der Führung Hitlers berufe, abgelehnt habe.

Ein neues Papen-Kabinett?

Berlin, den 25. November (Havas). Wahrscheinlich wird der frühere Reichskanzler von Papen sofort vom Reichspräsidenten mit der Umbildung seines Kabinettes beauftragt werden. Das zweite Papen-Kabinett wird aber wahrscheinlich nicht das gleiche wie das erste werden. Es ist möglich, dass das Landwirtschaftsministerium und das Wirtschaftsministerium anderweitig besetzt werden. Auf jeden Fall aber sollte es ein autoritatives Präsidential-Kabinett mit voller Machtvollkommenheit werden.

Nach einer sorgsamen Ueberprüfung von Hitlers Denkschrift soll sich der Reichspräsident nicht dazu entschlossen haben, dem nationalsozialistischen Führer einen neuen Auftrag zu geben. Gestern um 5 Uhr bestätigte der Reichspräsident nur brieflich den Eingang von Hitlers Vorschlag ein parlamentarisches Kabinett zu bilden.

Mandschurei-Kommission will ihren Bericht nicht abändern.

Genf, den 24. November (Reuter). Die Lytton-Kommission endete ihre Sitzung um 2 Uhr nachm. Lord Lytton wird, wie es heisst, dem Rate nicht vor morgen Antwort geben, damit nach Anhörung der Reden von Matsuoka und Dr. Koo noch eine neue Sitzung anberaumt werden kann. Wenn nicht die Reden der Beiden sie veranlassen, eine Aenderung der Schlussfolgerungen vorzunehmen, scheint es sicher, dass die Kommission am Lytton-Bericht nichts ändern wird.

Wie es heisst, sind die Kommissionsmitglieder der Meinung, dass der Lytton-Bericht nach einer Untersuchung von vielen Monaten einstimmig angenommen ist. Was bisher gesagt wurde, hat anscheinend sie nicht veranlasst, ihre Ansichten zu ändern.

Der Kampf um die Mandschurei im Völkerbundsrate.

Neues Rede-Duell zwischen Dr. Koo und Matsuoka.

Genf, den 24. November (Reuter. Verkürzt.). Nach Eröffnung der Sitzung sprach Dr. Wellington Koo. Er wollte auf viele Punkte der Ausführungen Matsuokas nicht eingehen, welche ihm nicht zur Sache gehörig scheinen. Er werde seine Antwort der Zeitersparnis halber schriftlich einreichen. Dr. Koo zitierte aus dem Buche von Matsuoka „Die Mandschurei und die Mongolei in Bewegung" die Stelle, wo gesagt wird, dass der Tanaka-Bericht wahrscheinlich von einem Japaner gefälscht worden sei. Immerhin aber zeigen nach der Meinung von Dr. Koo die Ereignisse, dass die Tanka-Politik durchgeführt wird. Auch Japan habe verschiedentlich Geheimverträge mit Russland geschlossen, nämlich 1909, 1910, 1912 und 1916. Die mandschurische Bevölkerung sei durch die neue Ordnung nicht glücklicher geworden. Er sagte, dass japanische Flugzeuge am 9. und 10. November gewisse Dörfer bombardiert hätten, und dass darauf ein Infanterieangriff unternommen wurde, wobei mehrere hundert Einwohner getötet wurden. Dr. Koo stellte die folgenden Fragen, deren Beantwortung den hauptsächlichen Punkt treffen: 1) war das Ereignis vom 18. September ein Akt der Notwehr von Seiten Japans? Antwort: Nein. 2) Geschah die Errichtung der Mandschuguo aus freiem Willen der mandschurischen Bevölkerung? Antwort: Nein. 3) Hat Japan seine Truppen zurückgezogen, wie es das wiederholt versprochen hatte? Antwort: Nein. 4) Konnte der Konflikt friedlich geregelt werden? Antwort: Ja.

Das Bündnis zwischen Japan und der Mandschuguo widerstreitet dem Abkommen von Washington. Der Lytton-Bericht mit seinen Schlussfolgerungen liegt vor. Der Grund dafür, dass Japan die Angelegenheit nicht dem Völkerbunde unterbreitete, war nach Matsuokas Ansicht das japanische nationale Stolzgefühl. Tatsächlich hat aber Japan gerechnet, dass China sich in inneren Kriegen zerfleischte, dass die Mächte durch die Wirtschaftsdepression in Anspruch genommen waren. Da hielt es seine Zeit zur Lösung der mandschurischen Frage für gekommen. Das war am 18. September. Japan will, dass die Interessen und Rechte des chinesischen Volkes und des Friede der ganzen Welt den Interessen des japanischen Volkes nachgestellt werden. Ist das mit dem Geiste der heutigen Welt vereinbar? Soll die Völkerbundssatzung als ein Papierfetzen behandelt werden? Soll das Neun-Mächte-Abkommen nichts weiter sein als eine Autographensammlung? Wenn wir friedliche Methoden an die Stelle der Gewalt setzen wollen, dürfen wir Japans Herausforderung nicht übersehen.

Zum Schluss waren die Erklärungen Dr. Koos leidenschaftlich. Sie übten eine tiefe Wirkung auf den Völkerbundsrat aus.

Matsuoka stellte fest, dass der chinesische Vertreter tatsächlich die Fälschung des Tanaka-Berichtes zugegeben habe. Die ganze Angelegenheit steht hier darum nicht mehr zur Sprache. Aus den Dokumenten zum Lytton-Bericht geht hervor, dass die chinesische Regierung geheime Verordnungen für den Boykott gegeben habe. Auch andere interessante Geheimberichte sind dort zu finden. Dr. Koo habe ihm zwar zum Vorwurf gemacht, dass er abgeschweift sei. Aber Dr. Koo sei selbst nicht bei der Stange geblieben. Matsuoka ging deshalb zu den „Haupt" — fragen über. Japan hat durch die Tat bewiesen, dass es treu den Völkerbund unterstütze. China sei darauf erst gekommen, als es vermutete, dass ihm das nützen könne. Japan bleibe aber dem Bunde treu, solange diese Stellungnahme nicht schlechthin unvereinbar sein würde mit dem Bestand Japans und seiner Politik der Erhaltung des Friedens im Fernen Osten. Auch Matsuoka behielt sich das Recht vor, schriftliche Erklärung abzugeben.

Daran schloss sich ein sehr erregter Meinungsaustausch zwischen dem Präsidenten de Valera und Matsuoka über das Recht der Völkerbundskommission an den Sitzungen teilzunehmen, befragt zu werden und Erklärungen abzugeben. Benes-Tschechoslowakei, Madariaga-Spanien- und Sir John Simon griffen in die Auseinandersetzung ein und stellten sich auf die Seite de Valeras.

Freitag nachmittag um 3.30 Uhr ist eine erneute Sitzung des Rates zur Besprechung der mandschurischen Frage.

Japanische Kritik am Völkerbunde.

Tokio, den 23. November (Nippon Dempo). Anscheinend ist der Völkerbundsrat infolge einer japanfeindlichen Hetze bereits gestrandet. Jüngere Beamte im Auswärtigen Amte verlangen die Anerkennung des folgenden Standpunktes: Der Bund geht auf den japanischen Wunsch, die Mandschuguo nicht ein, weil er glaubt, Japan habe nicht die Absicht aus dem Völkerbunde auszutreten. Wenn es auf der Versammlung unter Druck genommen würde es schon beigeben. Japan solle daher die nutzlose kühle Beobachtung aufgeben und austreten, wie das Volk es wolle, um seinen festen Entschluss zu zeigen. Diese Meinung gewinnt immer mehr an Gewicht. Es handelt sich bei dieser Meinung nicht um Gefühlsgründe sondern um sehr wirkliche. 1) Nach dem Wilsonschen Geiste sollte der Völkerbund die Auffassung Clemenceaus vom Kräftegleichgewicht verwirklichen. Amerika und Russland sind nicht Mitglieder. Der Völkerbund ist daher nur ein europäischer Bund. Ausserdem hat er im vergangenen Herbste durch Wort und Tat zu erkennen gegeben, dass er einer Behandlung der fernöstlichen Fragen nicht gewachsen ist. 2) Trotzdem die nutzlose Rederei im vergangenen Herbste Japan Schwierigkeiten gemacht hatte, blieb er doch bei seiner erklärten Politik, dass es die Einmischung irgend eines Landes in die Mandschurei nicht zulasse. Japan hat sich dem für es ganz überflüssigen Bunde nur auf Zureden der Mächte angeschlossen, die sagten, Japan sei eine der 5 Grossmächte oder der drei Grossmächte und eine erstklassige Macht. 3) Durch die Anerkennung der Mandschuguo hat sich dem Herbste gegenüber die Lage völlig geändert. Japan kann jetzt schon vom Völkerbunde verlangen, die Hände von der Mandschurei wegzunehmen. Wenn Japan dem Völkerbunde irgendwie nachgibt, gibt es ihm schliesslich das Recht sich in die japanische Politik gegenüber der Mandschurei einzumischen. Daher soll Japan entschlossen jetzt austreten und soll seine eigene Politik für den Frieden des Fernen Ostens machen.

Baldige Ueberweisung der mandschurischen Frage an die Versammlung.

Genf, den 24. November (Reuter). In britischen Kreisen ist man der Ansicht, dass die japanischen Einwendungen gegen die Mitglieder der Lytton-Kommission auf einem Missverständnisse beruhen. Die Kommission sei ein dienendes Organ des Rates, nicht aber ein Kritiker oder ein Vorgesetzter.

Immer mehr bestärkt sich die Ansicht, dass die chinesisch-japanische Frage bald unmittelbar an die Versammlung gehen wird, obgleich die Vorlage vielleicht formell vom Neunzehner-Ausschuss ausgehen wird. Der Rat kann nur schwer in der Angelenheit etwas unternehmen, da die Beschlüsse des Rates einstimmig erfolgen müssen, es sei deshalb praktischer sie der Versammlung zu überlassen.

Sir John Simon wird wahrscheinlich morgen nach London fahren, um sich mit MacDonald zu beraten. Er wird aber in einigen Tagen in Genf zurück sein.

Italien sieht düster für den Völkerbund.

Rom, den 24. November (Reuter). In Italien herrscht starker Pessimismus über die Aussichten einer Regelung des mandschurischen Problems durch den Völkerbund. Er wird sich nach der Meinung des früheren Abgeordneten Sig. de Marinis wahrscheinlich wieder mit zaghaften Empfehlungen zufrieden geben und im Uebrigen die Frage zwischen China und Japan offen lassen.

Die bekannte Zeitung Rosto del Carlino meint, dass die Frage sich wahrscheinlich ganz einfach beilegen lassen würde, wenn es sich bei dem Streite lediglich um China und Japan handeln würde. Aber hinter China stehen die Vereinigten Staaten. Der wahre Gegner von Matsuoka in Genf sei nicht Dr. Yen sondern Norman Davis. Es werden Andeutungen gemacht, dass Norman Davis während seiner Besuche in London, Paris und Rom nicht nur über Abrüstungsfragen sondern auch über eine solche Lösung der mandschurischen Frage verhandelt hat, wie sie den Vereinigten Staaten genehm ist.

Churchill schmeichelt Frankreich.

Havas bringt eine Meldung über eine Rede, welche Churchill gehalten hat. Er hebt in ihr Frankreich in den Himmel. Textlich ist die Rede nicht ganz verständlich. Infolgedessen sparen wir uns die Wiedergabe der Meldung.